

Die Wut der Mitte: Wie Deutschland zur frustrierten Republik wurde

Barbara Nolte, Maria Fiedler, Laura Dahmer

Er habe zum ersten Mal AfD gewählt, sagt er. Der Rentner, er ist Mitte 60, sitzt vor einem Café in der Sonneberger Innenstadt. Vor ihm ein leerer Eisbecher, neben ihm ein Rollator. Er war früher Bergmann, und eigentlich immer SPD-Wähler. Die Arbeiterpartei. „Und jetzt? Jetzt bekomme ich nicht einmal 800 Euro Rente“, sagt er. Dass die Bundesregierung gleichzeitig Milliarden für Hilfen im Ukraine-Krieg ausgibt, versteht er nicht. Er fühlt sich belogen.

Der thüringische Landkreis Sonneberg hat am vergangenen Sonntag einen AfD-Landrat gewählt, den ersten in Deutschland. [52,8 Prozent der Stimmen](#) gingen an AfD-Kandidat Robert Sesselmann. Wie der Rentner vor dem Café wählten hier viele zum ersten Mal so weit rechts. Es war ein Beben, das auch die Bundespolitik erreichte.

Sonneberg als Alarmsignal

Sonneberg – das sei ein Alarmsignal, heißt es. Doch wofür genau?

Es ist ja nicht nur der Osten. Es scheint derzeit etwas aus den Fugen zu geraten in Deutschland. Die AfD steht mittlerweile bundesweit je nach Umfrage bei 17 bis 20 Prozent. Das zeigt einerseits die Anfälligkeit von Teilen der Gesellschaft für rechte Ressentiments und Populismus.



Nicht nur in Sonneberg, hier eine Straßenszene, ist die AfD inzwischen stärkste politische Kraft.

Aber dass dieser Wert so deutlich angestiegen ist, ist womöglich auch Symptom eines größeren Phänomens: Unzufriedenheit, Frust, oft auch Wut durchziehen das Land. Ein Gefühl, das nicht

nur die Ränder erfasst zu haben scheint, sondern sich bis in die Mitte gefressen hat.

Spricht man mit Politikern, berichten viele, dass die Stimmung in den Wahlkreisen so schlecht sei wie selten zuvor. Im bayerischen Erding zog es vor einigen Wochen 13.000 Menschen für eine Demonstration gegen das Heizungsgesetz von Wirtschaftsminister Robert Habeck auf die Straße. Dort erklärte der „Freie Wähler“-Chef Hubert Aiwanger, die „schweigende Mehrheit“ müsse sich die „Demokratie zurückholen“ – und bekam Applaus.

Auch die neuesten Gesellschaftsumfragen sind alarmierend: Etwa die Hälfte der Deutschen fühlt sich laut einer Erhebung des Allensbach-Instituts politisch machtlos.

Angst, abgehängt zu werden

Woher kommt dieser Frust im Land?

Wer Antworten auf diese Fragen sucht, kann nach Bremerhaven fahren, genauer gesagt in den Stadtteil Leherheide. Hier wurde die Kleinstpartei namens „Bürger in Wut“ bei der Bürgerschaftswahl im Mai mit 31,6 Prozent Stimmenanteil stärkste Kraft. Die AfD konnte wegen interner Querelen nicht antreten.



Cornelia Rönnefahrt bekommt ihn ihrem Secondhandladen in Bremerhaven mit, wie stark viele Menschen von der Politik frustriert sind.

Cornelia Rönnefahrt, eine lebhaftige Frau mit blondem Pagenkopf, sitzt in einer fensterlosen Küche im Erdgeschoss eines 13-stöckigen Hochhauses, und versucht, Erklärungen zu finden. „Frust“, sagt sie. „Die Menschen sind mit der Politik nicht einverstanden.“ Gerade die Grünen in Berlin hätten mit ihren Forderungen viele verärgert.

Rönnefahrt gehört der Secondhandshop „Sonnenblume“, bei dem viele hier im Viertel einkaufen. Wenn jemand im Türrahmen steht, um sie zu begrüßen, was ständig passiert, fragt sie scherzhaft: „Hast du die ‚Bürger in Wut‘ gewählt? – „Gott, nein!“, antwortet eine Frau. „Sehe ich so

aus!“ , meint eine andere. „Niemand will die gewählt haben“, sagt Rönnefahrt lachend.

Bremerhaven ist eine finanzschwache Kommune, Langzeitarbeitslosigkeit ist ein großes Problem. Diejenigen, die die Stadt gut kennen, sagen, dass sich hier viele abgehängt fühlen – oder Angst davor haben, abgehängt zu werden.

Von der Zukunft überfordert

In der Küchentür des Secondhandladens steht jetzt ein Mann mit Rollator, ein Nachbar aus dem Haus, für den Rönnefahrt Hemden herausgesucht hat. „Die Stimmung ist seit Corona aggressiver geworden“, sagt der Mann, der anonym bleiben will. Zum Beispiel sei er an diesem Morgen mit dem Bus in die Stadt gefahren, als eine Frau mit Rollator zustieg, den sie so abstellte, dass er sich mit seinem verkeilte. Als er sie höflich darauf aufmerksam gemacht habe, habe sie entgegnet: „Sie sind ja ein widerlicher Mensch!“



Die Klimapolitik der Bundesregierung ist eines der Themen, das derzeit viele Menschen verunsichert, hier Hubert Aiwanger, Wirtschaftsminister und Landesvorsitzender der Freien Wähler in Bayern, bei einer Demonstration gegen die Pläne aus Berlin.

In den Corona-Jahren sei viel kaputt gegangen, sagt er. Seine Schwester, die drei Kneipen betrieben habe, habe zwei davon schließen müssen. Er selbst ist nach einem schweren Schlaganfall in Frührente. Aus dem Bungalow, den er zuvor bewohnte, musste er raus. Wohngeld habe er keines bekommen, weil sein Einkommen die Obergrenze um zwei Euro überstieg. „Und die Türken mit ihren fünf Kindern“, schimpft der Mann, „bekommen die ganze Wohnung bezahlt.“

„Das mit dem Wohngeld war ungerecht“, beschwichtigt Rönnefahrt. „Aber zum Glück geht es uns ja gut.“ Der Mann stimmt zu. Die Wohnung hier sei schön, Edeka nah. Und wenn er Lust darauf habe, sich bei Engelbrecht, der Traditionsbäckerei in Bremerhaven, ein Hackepeter-Brötchen zu kaufen, könne er das tun. Was er gewählt hat, will auch er nicht sagen.

Wenn sich etwas verschiebt in der Gesellschaft, dann merkt das auch Dirk Ziems. Er ist Gesellschafts- und Marktforscher. Ziems arbeitet mit seiner Firma an etwas, das er „Deutschland-Psychoogramm“ nennt. Er spürt in tiefenpsychologischen Interviews mit ausgewählten Testpersonen der Seelenlage der Deutschen nach. Erst Corona, dann der Krieg, die Inflation: Das Grundgefühl der Bevölkerung sei derzeit von Ermüdung und Gereiztheit geprägt, sagt Ziems. Dazu komme bei nicht wenigen Menschen auch Wut.

Die Menschen spüren, dass in Deutschland vieles nicht mehr rund läuft.

Dirk Ziems, Gesellschafts- und Marktforscher

Aus Ziems Sicht hat das mehrere Gründe. „Erstens: Die Menschen spüren, dass in Deutschland vieles nicht mehr rund läuft.“ Züge kämen zu spät, die Verwaltung sei überfordert, Handwerker fehlten und die Kita habe zu, weil auch dort Personalmangel herrsche.

„Wir haben es lange für selbstverständlich gehalten, dass Dinge funktionieren und sogar herabgeschaut auf andere Nationen“, sagt Ziems. Jetzt hörten er und seine Kollegen von ihren Interviewpartnern Sätze wie: „Hier klappt gar nichts mehr. Selbst auf ein neues Auto muss ich zwei Jahre warten – das ist ja wie zu DDR-Zeiten.“

Ein weiteres Problem sei, dass es keine positiven Zukunftsbilder mehr gebe. „Am Horizont ziehen immer weitere Krisen auf: Waldbrände, Klimaflüchtlinge, Europa geopolitisch auf dem absteigenden Ast.“ Die Menschen spürten, dass sich alles ändere, dass sich das Land in einer Transformation befinde. „Sie wissen, wir müssen unseren CO₂-Ausstoß massiv reduzieren. Europa muss seinen Platz in der Welt neu definieren. Und Computer schicken sich an, schlauer zu werden als wir.“

Mit diesem Dreiklang – Klima, Sicherheit, Digitalisierung – seien viele schlicht überfordert. Eine Aufgabe der Politik, so Ziems, wäre nun, eine Vision aufzuzeigen. Ein positives Bild von der Zukunft zu zeichnen. Doch sie schaffe es nicht, die Menschen mitzunehmen. „Die Ampel ist in ihren internen Streitereien gefangen.“

Eine Zumutung zu viel

In eine ähnliche Richtung gehen die Beobachtungen des Sinus-Instituts, das die Stimmung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus analysiert. Bemerkenswert an den neuesten Befunden ist, dass sich aktuell in der bürgerlichen Mitte etwas verschiebt. Die „Nostalgisch-Bürgerlichen“ – etwa elf Prozent der Bevölkerung – fürchten schon länger um ihren Lebensstil. Im moderneren Teil der bürgerlichen Mitte, den sogenannten „Adaptiv-Pragmatischen“ – etwa zwölf Prozent der Bevölkerung – sei die Verunsicherung ein eher neues Phänomen.





Der Streit in der Regierungskoalition unter anderem um die Projekte von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) kommt in der Bevölkerung nicht gut an.

Dieses Milieu sehe sich aktuell Zumutungen gegenüber, „die die Verwirklichung einer angestrebten bürgerlichen Normalbiografie von Haus, Kinder, Auto gefährden.“ Sie seien frustriert von der mangelnden Lösungsfähigkeit der Politik.

„Zumutung“ – das ist auch ein Wort, das Wirtschaftsminister Robert Habeck oft benutzt. Die Folgen des Krieges, der Kampf gegen den Klimawandel, all das gehe mit Zumutungen einher.

Doch das Heizungsgesetz, so wie es zunächst geplant war, war womöglich die eine Zumutung zu viel. Der früh durchgestochene Entwurf schürte Ängste in der Bevölkerung. Davor, sich das eigene Zuhause nicht mehr leisten zu können.

Verlorenes Vertrauen

Anruf bei Franz Widmann, 55, Optikermeister aus Erding. Er wurde in ganz Deutschland bekannt, weil er im Juni die Demonstration gegen die Heizungspläne der Regierung in Erding organisiert hatte, zu der am Ende 13.000 Menschen kamen.

Einen Monat zuvor, bei seiner ersten Demonstration, stand Widmann noch allein mit einem Schild auf dem örtlichen Marktplatz: „Stoppt die Heizungsideologie“. Er sei ein „stinknormaler“ Bürger ohne Parteibuch, der rechtes Gedankengut ablehne, sagt Widmann, als man ihn in der Mittagspause seines Optikergeschäfts erreicht.

Kompromisse finden und sie dann doch wieder torpedieren – das hat zur Folge, dass Leute Vertrauen in Institutionen und Politik verlieren.

Johannes Kiess, Soziologe und Demokratieforscher

Doch das [Gebäudeenergiegesetz](#) habe er für so „grotesk falsch“ gehalten, dass er fand, nur darüber zu schimpfen, wie es fast sein gesamter Bekanntenkreis tat, reiche nicht aus. Als seine Nachbarin, die Kabarettistin Monika Gruber, das Bild seiner Ein-Mann-Demo in der lokalen Zeitung sah, bot sie ihm an, seinen Protest zu unterstützen.

Die angemeldete Demonstration im Juni wurde wegen Massenandrangs auf den Volksfestplatz in Erding verlegt. Als Redner kamen Markus Söder, der ausgepiffen wurde, und Hubert Aiwanger, der bejubelt wurde. Die Veranstaltung wurde zum Symbol dafür, dass die Wut auch den Westen erreicht hat.

Experten halten die Art des Streits in der Ampel für schädlich. „Kompromisse finden und sie dann doch wieder torpedieren, so wie es die Ampel macht – das hat zur Folge, dass Leute Vertrauen in Institutionen und Politik verlieren“, sagt der Soziologe und Demokratieforscher Johannes Kiess. „Das führt auch bei demokratisch gesinnten Menschen zu einer Entfremdung und einer grundsätzlichen Politikverdrossenheit.“

Besonders düster ist derzeit die Stimmung bei jenen, die als Rückgrat der deutschen Wirtschaft gelten: den Familienunternehmern. Laut einer Umfrage glauben 96 Prozent von ihnen, dass eine Desindustrialisierung der Bundesrepublik bevorstehe. Die Hälfte davon sagt, sie sei bereits in vollem Gange. 69 Prozent spielen mit dem Gedanken, ihr Unternehmen zu verkaufen.

Sorgen statt Stabilität

In Zeulenroda-Triebes betreibt Conrad Henke, 35, eine Fabrik für Betonbauteile; er ist Regionalvorsitzender bei den „Jungen Unternehmern“, einer Unterorganisation der „Familienunternehmer“. Auf einer kurvigen Straße geht es über die bewaldeten Hügel des Vogtlands. Ein idyllischer Landstrich, in dem bei der letzten Bundestagswahl die AfD mit 28,1 Prozent stärkste Partei wurde. Henkes Unternehmen liegt am Ortsrand, ein zweistöckiger Plattenbau.



Bei Familienunternehmern wie Conrad Henke, Michael Behrens und Andreas Voigt ist die Stimmung derzeit besonders düster.

Henkes Vater war hier zu DDR-Zeiten Betriebsleiter. Als nach der Wende die Schließung drohte,

hat er das Werk übernommen und vor fünf Jahren an seinen Sohn und seine Tochter übergeben. „Wir müssten eigentlich investieren“, sagt Henke, ein schmaler Mann mit leiser Stimme und verschmitztem Lächeln. „Die Anlagen sind 30, 40 Jahre alt. Aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen denke ich: eher nicht. Was ist, wenn in zehn Jahren keiner mehr Betonbau will?“

Drinne im Konferenzraum sitzen zwei weitere Funktionäre der „Familienunternehmer“. Da ist Michael Behrens, 55, der in Naumburg ein Unternehmen für Schaltanlagen betreibt. Der Dritte am Tisch ist Andreas Voigt, 52, der nach der Wende „der Liebe wegen“ ins Erzgebirge gezogen ist. Als dort damals keine Arbeit zu finden war, hat er 1991 eine Firma für Feuerwerkskörper eröffnet. Dass die deutsche Wirtschaft schrumpft, erwarten alle drei. Michael Behrens glaubt, dass kaum noch etwas übrig bleibt.

Seine Geschäfte laufen zwar, aber er ringt ständig um Mitarbeiter. „Die Frauen, die in den 90ern in die alten Bundesländer gegangen sind, wären die Mütter der Lehrlinge, die wir jetzt bräuchten.“ Selbst durch ein Einwanderungsgesetz sei die „Lücke nicht mehr zu füllen“.

Hinzu kommt, dass die Energie in seiner Region besonders teuer ist, da die Gegend einmal als „Windvorranggebiet“ ausgewiesen wurde. Deshalb ist das Netzentgelt, das regional erhoben wird, um das Stromnetz auszubauen, besonders hoch. Dass Wirtschaftsminister Habeck angekündigt hat, dies zu korrigieren, beruhigt Behrens nicht: „Ja, warum macht er es dann nicht? Das ist doch sein Ressort.“

Andreas Voigt mischt sich ein: Ihm fehle bei der Politik die „Zuverlässigkeit“, sagt er. Zwei Jahre hintereinander ist ihm wegen Corona das Silvestergeschäft weggebrochen.

In Berlin werde „ständig über das Gendern debattiert oder darüber, wie transsexuelle Menschen behandelt werden sollen“ – das habe seine Berechtigung, sagt er. „Aber das Wichtigste, was die Politik gewährleisten muss, ist Stabilität. Ich als Unternehmer bin verpflichtet, das Risiko zu bewerten. Sonst geht es schief. Wie soll ich das tun, wenn die Politiker so wankelmütig sind?“

Es ist Abend geworden, Betonunternehmer Henke muss sich jetzt verabschieden. Denn jeden Montag demonstrieren die Unzufriedenen in Zeulenroda. Wenn er zu spät dran ist, versperren sie ihm den Heimweg, sagt er.

Das Gefühl von Ohnmacht

Durch die Coronaproteste, die Querdenkerbewegung und den Einfluss von Verschwörungsgruppen hat sich eine neue rechte, rebellisch anmutende Stimmung in der Mitte breitgemacht, beobachtet Andreas Zick. Der Sozialpsychologe ist regelmäßig an der sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt, die die Verbreitung von Rechtsextremismus in der Bevölkerung misst.

Aber warum wenden sich jetzt vermehrt Menschen aus Unzufriedenheit der AfD zu? „Es gibt auch in der Wählerschaft anderer Parteien teilweise populistische oder rechte Einstellungen“, sagt der Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky. Diese würden nur nicht unbedingt aktiviert. „Es kann

aber passieren, dass ein Schlüsselerlebnis oder eine Krisensituation dazu führt, dass sich diese Wähler von SPD, CDU oder FDP abwenden.“

Zick meint: „Die Menschen verstehen, dass mit der Coronakrise die Zeit der Krisen nicht vorbei ist.“ In diesem Kontext verunsicherten auch die neuen Migrationsströme die Menschen viel mehr. „Dieses Unsicherheitsgefühl koppelt sich an das Gefühl, dass es noch viel schlimmer werden kann, weil sich die Krisen miteinander verbinden.“

Hinter der aktuellen Unzufriedenheit vieler Menschen stecke oft Ohnmacht. Diese werde vom Populismus verstärkt nach dem Motto: „Die da oben haben es nicht im Griff.“ Populisten präsentierten Schuldige und böten den Menschen eine Identität an. „Die AfD ist Krisengewinnerin, weil sie Wut und Ressentiments gegen angeblich Fremde, gegen Eliten, gegen ‚die da oben‘ zur politischen Einstellung und zum Identitätsmerkmal gemacht hat.“

Ein Erfolgserlebnis

All das fällt aber auch auf fruchtbaren Boden. Zick sagt, die Zustimmung zu menschenfeindlichen Einstellungen sei in der Mitte der Gesellschaft zum Teil sogar höher als die aktuellen Umfragewerte der AfD.

Der Soziologe Johannes Kiess sieht neben dem Erstarken der Rechten noch eine andere Gefahr im Frust im Land: die steigende Zahl der Nichtwähler. Umfragen zeigen, dass mittlerweile viele Menschen der Politik die Lösung der politischen Probleme im Land nicht mehr zutrauen. Es gebe außerdem die Tendenz, dass man nicht wählen gehe, weil man sich nicht gesehen und nicht repräsentiert fühle, sagt Kiess. Wenn Menschen nicht mehr am demokratischen Prozess teilnähmen, dann schwäche das die Demokratie noch viel mehr als die Rechten selbst.

Silke Borgstedt, die Geschäftsführerin des Sinus-Instituts, ist dennoch überzeugt, dass die gesellschaftliche Mitte weiterhin erreichbar ist. „Gewünscht ist eine konstruktive und zukunftsorientierte Politik.“ Die Mitte braucht eine Perspektive mit Zielorientierung.

Dass Politik auch kurzfristig wirken kann, zeigt sich bei Optikermeister Franz Widmann, der die Demo gegen das Heizungsgesetz organisiert hat. Er sagt, durch das mediale Echo auf Aiwangers Aussage sei die Demonstration immerhin bis nach Berlin getragen worden. Seine Grundforderungen, dass wieder Holz verheizt werden dürfe und die Wärmeplanung der Kommunen Vorrang habe, hat er im neuen Gesetzentwurf wiedergefunden. „Jetzt bin ich wieder ein recht zufriedener Bürger“, sagt er.